

GRUSSWORT

29. SEPTEMBER 2011 / Initiative ProDialog / 3. Internationales

Demokratie-Symposium / Peter Voss

Meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie hier begrüßen zu dürfen. Die Quadriga Hochschule Berlin ist eine noch junge, aber schon sehr erfolgreiche Hochschule für Kommunikationsmanagement. Hinter diesem anspruchsvollen Begriff verbirgt sich die Vorstellung, dass Kommunikation heute eine Management-, also eine Führungsaufgabe ist. Wenn wir darauf setzen, dass zum Beispiel Wirtschaftsunternehmen junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Unternehmenskommunikation, traditionell auch PR genannt, für anderthalb Jahre zu uns schicken – oder sie auch selbst den Weg zu uns finden -, auf dass sie sich hier zum MBA oder MA qualifizieren, dann steckt eben dieser Gedanke dahinter, und das nicht nur im Hinblick auf Unternehmen, sondern ebenso auf Parteien, Verbände und andere Organisationen, namentlich auch solche, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

Es mangelt ja nicht an Beispielen dafür, was passiert, wenn bei einem wichtigen Projekt – und sei es noch so vernünftig – der Aspekt der öffentlichen Vermittlung, zumal in Zeiten des Internets, vernachlässigt wird. Ich selbst komme aus Baden-Württemberg, will aber auf das Beispiel Stuttgart 21 jetzt nicht näher eingehen, eben weil es so nahe liegt, sondern nur festhalten: Derart gravierende Fehler sind eben nur vermeidbar, wenn Kommunikation als Führungsfunktion verstanden, das heißt von vornherein in die Konzeption und Umsetzung eines jeden Vorhabens einbezogen wird.

Heute früh habe ich hier schon einmal reingeschaut, um zu sehen, ob auch alles gut läuft mit unseren heutigen Veranstaltungen, und ich habe nicht nur mit ein wenig Neid auf die hier versammelten jungen Leute geschaut, die noch alle Perspektiven vor sich haben, die ich mit dem Erreichen des biblischen Alters schon hintern mir habe, sondern auch dem Repräsentanten der Bundeszentrale für politische Bildung, der mit einer enthusiastischen Rede sein jugendliches Publikum zum politischen Engagement zu animieren trachtete, aufmerksam zugehört. Und nach meinem Eindruck hat er ihre Sprache und Denkweise getroffen und kam damit an. Und ich habe mich gefragt, ob ich meine Skepsis gegenüber diesen so notwendigen wie ehrenwerten Bemühungen hier nicht besser für mich behalte - wozu denn Wasser in den Wein einer so verdienstvollen Initiative wie ProDialog schütten?

Bei jedem Dialog geht es freilich um einen Brückenschlag, zum Beispiel zwischen politisch engagierten und politisch abstinenter Zeitgenossen, und jedem Versuch eines Brückenschlags muss ja eine genaue Betrachtung der Tiefe und Breite des Grabens oder der Kluft vorausgehen, die da überbrückt werden soll. Nun ist es gewiss weder neu noch originell, wenn ich darauf hinweise, dass diese Kluft heute europaweit zwischen der politischen Klasse und den Bürgern klafft, weil die Bekämpfung der europäischen, vor allem südeuropäischen Schuldenkrise mit Mitteln erfolgt, deren Wirkung und Erfolgchance nicht einschätzbar, und vor allem, deren Methodik nicht transparent ist und sie gleichwohl als alternativlos ausgegeben werden. Ob das für die tatsächliche vorhandene Alternative, nämlich das Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone und seine Rückkehr zur Drachme, in gleichem Maße gilt, bedürfte eben einer offenen, tabufreien Diskussion.

Wenn allerdings ein Minister von der eigenen Regierung gemäßregelt wird, nur weil er, und sei es schon aus Wahlkampfgründen, nur das ausspricht, was ohnehin jeder weiß: dass die Insolvenz Griechenlands eine ernstzunehmende und keineswegs euro- oder gar europafeindliche Option ist – wenn also dieser Minister regelrecht demontiert wird, weil diese seine Offenheit angeblich, nach der Aufspannung des sogenannten Rettungsschirms, die Märkte in neue Unruhe versetzt, dann kann ich mich nur wundern. Und das nicht nur, weil ich grundsätzlich der Auffassung bin, dass Transparenz generell die beste Unternehmenspolicy und ebenso die beste politische Strategie darstellt, sondern auch, weil ich mich frage, was denn das für Akteure auf den Finanzmärkten sein sollen, die da angeblich nicht selber wissen, was Sache ist, auch ohne ein markiges Ministerwort. Also, dieses „Argument“ macht den erwähnten Brückenschlag eher noch schwerer, ganz abgesehen mal von dem grundsätzlichen Aspekt, dass hier „die Märkte“ entscheiden sollen, was in der Demokratie öffentlich gesagt werden darf und was nicht.

Aber diese sich vergrößernde Kluft zwischen „Politik“ und „Volk“ hat natürlich nicht nur mit der gegenwärtigen Staatsschuldenkrise oder der vorangegangenen Finanzmarktkrise zu tun. In Wahrheit haben wir ja schon länger eine wachsende Akzeptanzkrise der Politik, und dies ganz wesentlich auch aus objektiven Gründen, weil nämlich a) alle Sachverhalte, Prozesse und Entscheidungen immer komplexer bzw. komplizierter werden, nicht zuletzt bedingt durch die Globalisierung und die damit verbundene Vielzahl der Entscheidungsebenen, was wiederum b) auch durch die exponentielle Vermehrung und zugleich Veraltung aller Wissensbestände infolge des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts bewirkt und verstärkt wird.

Vor allem aus diesen Gründen sind immer Instanzen und Experten an

der Vorbereitung von Entscheidungen beteiligt, während der Spielraum des einzelnen Politikers schrumpft, die öffentlichen Erwartungen an die Politik und die Politiker freilich nicht. Natürlich gab es schon immer schwere Entscheidungen, das trifft zum Beispiel auf viele politische Entscheidungen in der jungen Bundesrepublik der Nachkriegszeit zu. Die von Adenauer betriebene Westbindung einschließlich der Wiederbewaffnung war gegen die Volksstimmung nicht leicht durchzusetzen und durchzuhalten, aber die Alternative „Nato oder Neutralität“ war nicht schwer zu verstehen und insoweit nicht schwierig.

Heute aber befinden wir in einer Situation, in der nicht nur die Folgenabschätzung vieler Entscheidungen ungleich schwieriger geworden ist, sondern es auch immer schwieriger wird, diese Entscheidungen in ihrer Komplexität über die Medien der Öffentlichkeit zu vermitteln. Schon der Vertrag von Maastricht beispielsweise war in diesem Sinne nicht mehr vermittelbar. Nicht zuletzt daraus resultiert die Entfremdung vieler Bürger von der Politik und zugleich der zunehmende mediale Trend zur Personalisierung und Emotionalisierung und damit zur Boulevardisierung, der seinerseits diese Entfremdung verstärkt, die Kluft vergrößert. Und dieser mediale Trend wird wiederum verstärkt durch den Siegeszug des Internets wie auch durch einen sich rasant verschärfenden Wettbewerb zwischen den Akteuren auf dem Medienmarkt.

Die Frage ist allerdings, ob sich aus dieser Situation nicht nur Gefahren und Risiken, sondern auch Vorteile und Chancen für die Demokratie ergeben – das Internet selbst ist ja, bei allen Problemen, die es, vom Datenschutz bis zum Urheberrecht, nun einmal aufwirft, eine solche enorme Chance für die Kommunikationsgesellschaft. Sie sehen, es gibt jede Menge Diskussionsstoff und Diskussionsbedarf, und ich wünsche Ihnen, auch vor dem ernsten Hintergrund dieser vermeintlich historischen Tage, dass Sie bei alledem auch Spaß, Vergnügen, ja Freude haben, denn wir wollen uns doch auch in diesen schweren oder jedenfalls schwierigen Zeiten das fröhliche Diskutieren nicht nehmen lassen.

Herzlichen Dank und nochmals herzlich willkommen!